

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 25.06.2019

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:45 Uhr

Ende: 20:10 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher
Frau Mönkemöller
Herr Pieplau
Herr Wandersleb
Frau Weißenfeld

CDU

Herr Copertino
Herr Hüsemann
Frau Jansen
Herr Jung
Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Holler-Göller
Herr Hood
Frau Wegner

Vorsitzender

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

BfB

Herr Bolte (bis 19.45 Uhr)

Stellvertretendes Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Schellong (bis 19.45 Uhr)

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic	Integrationsrat
Frau Huber	Seniorenrat
Herr Teutrine	FDP-Ratsgruppe
Herr Winkelmann	Beirat für Behindertenfragen

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Krutwage

Frau Schulz

Herr Dr. Schmid

Frau Isfendiyar
Herr Metzger
Frau Gäbel

Frau Kleiner
Herr Linnenbürger

Dezernat 5
Dezernat 3
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Kommunales Integrationszentrum
Bauamt
Büro für Integrierte Sozialplanung
und Prävention
Stab Dezernat 3
Stab Dezernat 5

Gäste

Herr Paus
Herr Siegeroth

AGW
REGE mbH

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Zu Punkt 1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14.05.2019

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 14.05.2019 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Entwicklung und Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung im Stadtteil Baumheide

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Angebote zur Unterstützung im Alltag nach der Anerkennungs- und Förderungsverordnung (AnFöVO)

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Förderantrag an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW im Rahmen der Landesinitiative zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit in NRW

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die nachversandte Mitteilung (Anlage 1).

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.4 Jahresbericht der Schuldnerberatungsstellen

Vorsitzender Herr Hood verweist auf den zur Mitnahme bereit liegenden Bericht.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3 Anfragen

Zu Punkt 3.1 Anzahl der Menschen, die stationäre Einrichtungen mangels geeignetem Wohnraum nicht verlassen können (Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.03.2019)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8380/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die nachversandte Antwort der Verwaltung (**Anlage 2**).

Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass folgende tatsächliche Zahlen hinter den angegebenen Prozentwerten stehen:

- Frauenunterkunft Teichsheide: 2 – 3 Bewohnerinnen
- Männerunterkunft Kreuzstraße: 15 Bewohner
- Familienunterkunft Heckstraße: 5 Familien und Einzelbewohner*innen von insgesamt 16 Personen.

Diese Zahlen machten in bedrückender Weise deutlich, dass die vorherrschende Wohnungsnot zu einem Verbleib von wohnfähigen Menschen in stationären Einrichtungen führe. Daran werde sichtbar, wie dringend günstiger Wohnraum benötigt werde.

Frau Bußmann fordert eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklungen.

Für Herrn Brücher macht die Antwort deutlich, dass sich die Wohnungsnot auf alle Lebensbereiche auswirke und Handlungsbedarf bestehe.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 3.2 Stellenvakanz im Sozialpsychiatrischen Dienst (Anfrage der SPD-Fraktion vom 06.06.2019)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8824/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Ant-

wort der Verwaltung (**Anlage 3**).

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Tierschutzrechtliche Kontrollen beim Zirkus Krone
(Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 11.06.2019)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8839/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die als Tischvorlage verteilte Antwort der Verwaltung (**Anlage 4**).

Herr Gugat äußert seinen Eindruck, dass die Zuständigkeiten hin und her geschoben würden. Für ihn sei auch nicht nachvollziehbar, dass ein Tierheim zur besseren Versorgung der Tiere bei der Hitze schließe, Tiere im Zirkus aber mehrmals täglich auftreten dürften.

Beigeordnete Frau Ritschel merkt an, dass der baurechtliche Aspekt aufgrund der Zusatzfrage beleuchtet worden sei. Die Kolleg*innen seien regelmäßig vor Ort und prüften die tierschutzrechtlichen Vorgaben, wobei der Zirkus Krone ein sehr zuverlässiger Partner sei. Für ein anderes Handeln der Veterinäre müssten die gesetzlichen Regelungen verändert werden.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 Kommunale Handlungsfelder zur Bekämpfung von Armut im
Alter (Beschluss des Seniorenrates vom 30.04.2019))

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8489/2014-2020

Frau Huber begründet den im Seniorenrat beschlossenen Antrag. Bei der Schaffung von sozialem Wohnraum sollten die Bedürfnisse der Senior*innen nach barrierefreiem Wohnraum auch berücksichtigt werden.

Vorsitzender Herr Hood teilt ergänzend mit, dass der SGA inhaltlich nicht für alle geforderten Punkte zuständig sei. Der Beschluss des Seniorenrates werde deshalb auch im Stadtentwicklungsausschuss und im Kultur-ausschuss behandelt.

Herr Holler-Göller erinnert an den im Januar 2019 beschlossenen Arbeitsprozess „Älter werden in Bielefeld“ (neu: „*Alter(n) gestalten*“), der nach seinem Dafürhalten die dargestellten Forderungen aufgreifen sollte. Hinsichtlich der Forderung des barrierefreien Wohnraums weist er darauf

hin, dass der Beirat für Behindertenfragen bereits eine Initiative für barrierefreies Bauen gestartet habe. Er schlägt vor, dass die Beiräte zukünftig in diesen Themenfeldern gemeinsam agieren sollten.

Herr Weber, Frau Weißenfeld, Herr Gugat, Frau Bußmann, Herr Brücher und Herr Teutrine problematisieren die ausschließliche seniorenspezifische Sichtweise. Dies seien generationenübergreifende Themen. Die Verwaltung solle im generationenübergreifenden Kontext über bereits bestehende Möglichkeiten berichten. Eine Abstimmung über den Beschluss des Seniorenrates könne in der Fassung nicht befürwortet werden.

Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass es einen solchen Bericht nicht gebe. Er schlägt vor, zunächst einmal abzuwarten, wie die beiden anderen Gremien mit den Forderungen des Seniorenrates umgehen.

Auf Nachfrage teilt Herr Metzger mit, dass die Investitionsbereitschaft schwerpunktmäßig bei Seniorenwohnungen liege. Darüber hinaus gebe es seit 1996 bei öffentlich geförderten Wohnungen die Auflage der barrierefreien Gestaltung.

Frau Huber bedankt sich für die ausführliche Diskussion und bittet Herrn Metzger um eine Darstellung darüber, wie viele Seniorenwohnungen im letzten Jahr, in welchem Stadtbezirk gebaut worden seien.

Im Nachgang der Sitzung teilt die Verwaltung mit, dass in den letzten zehn Jahren folgende Anzahl an öffentlich geförderten Seniorenwohneinheiten (SeniorenWE) erstellt worden seien:

- Schildesche 62 SeniorenWE
- Brackwede 64 SeniorenWE
- Heepen 106 SeniorenWE
- Sennestadt 50 SeniorenWE

Darüber hinaus wird eine Zusammenstellung der seniorengerechten Wohnungen nach Stadtbezirken mit Stand vom 31.12.2018 beigefügt (Anlage 5).

Aufgrund der geführten Diskussion fasst Vorsitzender Herr Hood die Forderungen zusammen und schlägt vor, dass der Seniorenrat nach Information durch die Verwaltung über sein weiteres Vorgehen entscheide. Frau Huber stimmt der Vorgehensweise zu.

Vorsitzender Herr Hood stellt sodann folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung, zu den im Beschluss des Seniorenrates angesprochenen Themen die Ausschüsse über den Sachstand und den Ausblick auf Handlungsoptionen zu informieren.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4.2

Bekanntmachung des Rechtsanspruches auf Grundsicherung und verstärkte Beratung der Berechtigten zur Bekämpfung von Armut im Alter (Beschluss des Seniorenrates vom 30.04.2019)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8490/2014-2020

Frau Huber begründet den im Seniorenrat beschlossenen Antrag.

Herr Brücher teilt die Auffassung des Seniorenrates, dass die Bürger*innen bestmöglich über ihre Rechte informiert werden müssten. Die ersten vier Unterpunkte zu a) des Seniorenratsbeschlusses würden nach seinem Dafürhalten bereits umgesetzt.

Frau Wegner hält die Erarbeitung von Informationsmaterial für entbehrlich, wenn die Anträge in leichter Sprache gestaltet würden. Aus ihrer Mitarbeit im Beirat für Behindertenfragen sei ihr bekannt, dass die Verwaltung bereits an Antragsformularen in leichter Sprache arbeite und Mitarbeiter entsprechend weiterbilde.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass zahlreiche Forderungen des Seniorenrates bereits umgesetzt würden. Eine Ausweitung der Quartierssozialarbeit auf andere Stadtteile sei in der Form nicht notwendig, da die städtische Quartierssozialarbeit sich auf das gesamte Stadtgebiet beziehe. Weiterhin bewerte er es als problematisch, zusätzliche Haushaltsmittel wie unter b) gefordert in den Haushalt 2020 einzustellen. Eine Ausweitung des Haushaltes 2020 sei momentan nur noch über politische Beschlüsse möglich. Er bietet an, einen ersten Konzeptentwurf zur besseren Bekanntmachung der Antragsrechte im Herbst 2019 im SGA vorzustellen.

Herr Winkelmann macht deutlich, dass viele Senior*innen die Leistungen "Grundsicherung" und „Hartz IV“ nicht unterscheiden könnten. Weiterhin müsse umfassend darüber informiert werden, bis zu welchen Freibetragsgrenzen keine Rückforderungen gegenüber den Angehörigen geltend gemacht würden. Mit Blick auf die Änderungen des Bundesteilhabegesetzes ab 2020 unterstütze er die Forderung von Frau Wegner nach Anträgen in leichter Sprache.

Frau Bußmann hebt hervor, dass die Existenzsicherung die originäre Aufgabe des Staates sei. Die Verwaltung müsse ein Konzept erarbeiten, mit dem sich die Einstellung der Betroffenen zur Antragsstellung veränderten und sich keiner mehr „schäme“, auf die Leistungen angewiesen zu sein.

Aufgrund der Diskussion stellt Vorsitzender Herr Hood folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung,

ein Konzept zur besseren Bekanntmachung des Rechtsanspruches auf Grundsicherung zu erarbeiten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Wohnungsbauförderung; Neueinstufung der Stadt Bielefeld in die Mietenstufe 4

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8586/2014-2020

Herr Metzger informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage. Aufgrund der verbesserten Förderkonditionen im öffentlich geförderten Mietwohnungsbau, sei bereits jetzt eine erhöhte Nachfrage spürbar.

Frau Bußmann macht zusammenfassend deutlich, welche unterschiedlichen Auswirkungen wenig öffentlich geförderte Wohnungen haben. Herr Metzger macht deutlich, dass die möglichen Aktivitäten der Stadt Bielefeld als Investorin eine politische und keine verwaltungsseitige Entscheidung sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6

Schwerpunktziele des Kommunalen Integrationszentrums Bielefeld im Zeitraum 01.01.2020 - 31.12.2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8707/2014-2020

Frau Isfendiyar erläutert die Schwerpunkte des Kommunalen Integrationszentrums für 2020 und 2021 (**Anlage 6**). Die Schwerpunktsetzungen von 2018 und 2019 würden beibehalten und die bestehenden Ziele „Demokratieförderung“ und „diskriminierungsfreies Miteinander“ fortgeschrieben.

Auf Nachfrage von Herrn Gugat zur Sensibilisierung von städt. Mitarbeitern gegen Rassismus im Arbeitsalltag führt Frau Isfendiyar aus, dass es unter Führung des Amtes für Personal eine Arbeitsgruppe gebe.

Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass in der vorliegenden Informationsvorlage ein Beschluss formuliert sei und fordert die Ausschussmitglieder deshalb zur Abstimmung über die Vorlage auf. Es erfolgt ein einstimmiger Beschluss.

Im Nachgang der Sitzung wird nach Rücksprache mit dem Kommunalen Integrationszentrum ermittelt, dass die Drucks.-Nr. 8707/2014-2020 lediglich zur Kenntnis genommen werden musste. Für die weitere Beratung

wurde die Vorlage entsprechend korrigiert.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage mit einem einstimmigen Votum zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Ausbildungsoffensive - Berufsmentoren

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8532/2014-2020

Herr Siegeroth erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Er hebt hervor, dass der Berufseinstieg, aufgrund des vielfältigen Angebotes, ein großes Problem für die Jugendlichen darstelle. Sie hätten Angst falsche Entscheidungen zu treffen.

Herr Pieplau gibt zu bedenken, dass die Ausbildungen immer anspruchsvoller würden. Er schlägt vor, Ausbildungsabsolventen direkt nach ihrem Abschluss in Bereichen als Mentoren einzusetzen, in denen Fachkräftemangel herrsche.

Herr Weber begrüßt den Vorschlag und bekundet die Abstimmungsbereitschaft der CDU-Fraktion.

Herr Holler-Göller macht noch weiteren Beratungsbedarf geltend und beantragt 1. Lesung.

Frau Bußmann bewertet den Vorschlag als interessanten Ansatz.

Vorsitzender Herr Hood schlägt vor, dem Beratungsbedarf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu entsprechen und die Vorlage in 1. Lesung zu behandeln. Die anwesenden Ausschussmitglieder haben keine Einwände.

Ergänzend teilt Vorsitzender Herr Hood mit, dass der Jugendhilfeausschuss die Beschlussvorlage ebenfalls in 1. Lesung behandelt habe.

- 1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 8

Bericht Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes (Prost-SchG) in OWL Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz zwischen der Stadt Bielefeld und den Kreisen in Ostwestfalen-Lippe

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8630/2014-2020

Beigeordnete Frau Ritschel informiert über die wesentlichen Punkte der Vorlage und hebt hervor, dass die gesundheitliche Beratung gut ange-

nommen werde, auch wenn die Beratungen nicht immer zu einer ordnungsrechtlichen Anmeldung führten. Die Vertreter*innen der beteiligten Gebietskörperschaften hätten sich dafür ausgesprochen, zunächst die Beratungen in dem bisherigen Umfang fortzuführen. Es müssten weiterhin Erfahrungen gesammelt werden, wie die Prostituierten wirksam unterstützt werden könnten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 9

Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2019 bis 2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8752/2014-2020

Frau Gäbel erläutert die wesentlichen Punkte der verbindlichen Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld (**Anlage 7**).

Auf Fragen von Herrn Holler-Göller, Herrn Weber und Vorsitzendem Herrn Hood führt Frau Gäbel aus, dass die Bedarfsplanung eine quantitative und keine qualitative Darstellung sei. Jeder der in Bielefeld einen Pflegeplatz benötige, könne versorgt werden; soweit kein spezielles Quartier gefordert werde.

Antworten im Nachgang der Sitzung:

- *Ein konkreter Zeitraum, für die Versorgung mit einem Pflegeplatz in „absehbarer“ Zeit“, kann nicht benannt werden.*
- *Der durchschnittliche Eigenanteil an den Pflegekosten bei einer stationären Versorgung liegt in Bielefeld bei ca. 2.450 €.*

Der Ausschuss bedankt sich für den Bericht.

Abschließend weist Vorsitzender Herr Hood darauf hin, dass Frau Gäbel ab 01.07.2019 als Nachfolgerin von Frau Bueren für die Altenhilfeplanung zuständig sei.

Vorsitzender Herr Hood bittet den Ausschuss um Abstimmung.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen:

- 1. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2019-2021 kein Bedarf an zusätzlichen stationären Pflegeplätzen besteht. Der Bedarf wird durch entsprechende Angebote in ambulanten und kleinteiligen Wohn- und Pflegearrangements gedeckt. Die Verwaltung wird beauftragt, alternative Angebotsformen zur Sicherung einer umfassenden Pflege zu unterstützen und bei stadtplanerischen Entwicklungen zu berücksichtigen.**

2. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2019-2021 im Bereich der Tagespflege trotz zunehmend verbesserter Versorgungslage ein weiterer Ausbau des Angebots notwendig ist. Die Verwaltung wird beauftragt, Träger von Tagespflegeangeboten bei der Umsetzung wohnortnaher Einrichtungen zu unterstützen. Eine gleichmäßige sozial-räumliche Verteilung der Angebote ist dabei zu verfolgen.
3. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2019-2021 ein Bedarf an zusätzlichen Kurzzeitpflegeplätzen besteht. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit Trägern stationärer Einrichtungen über die Verbesserung der Versorgungssituation zu beraten und den Ratsgremien Bericht zu erstatten.
4. Dem Bedarfsplan zur stationären und teilstationären Versorgung 2019-2021 wird zugestimmt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Haushaltsplanberatungen für den Doppelhaushalt 2020/2021, 1. Lesung

Vorsitzender Herr Hood weist darauf hin, dass im Vorfeld wieder eine 1. Lesung der Beschlussvorlagen vereinbart worden sei. Die Verwaltung bittet darum, bestehende Fragen möglichst bis 31.07.2019 schriftlich einzureichen. So sei eine Beantwortung der Fragen zur nächsten Sitzung und Beschlussfassung am 10.09.2019 gewährleistet.

-.-.-

Zu Punkt 10.1 Haushalts- und Stellenplan 2020/2021 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8833/2014-2020

Der Ausschuss nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10.2 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppel-Haushalt 2020/2021 für den Stab des Dezernates 5

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8781/2014-2020

Der Ausschuss nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10.3 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2020/2021 für das Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8792/2014-2020

Der Ausschuss nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 10.4 Haushaltsplan und Stellenplan für den Doppelhaushalt 2020/2021 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8783/2014-2020

Der Ausschuss nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11 Gesetz zur zielgenauen Stärkung von Familien und ihren Kindern durch Neugestaltung des Kinderzuschlages und die Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe (Starke-Familien-Gesetz)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8830/2014-2020

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert die Veränderungen im Bereich Bildung und Teilhabe durch das „Starke-Familie-Gesetz“. Gesetzestext und Begründung seien teilweise widersprüchlich und Ausführungsbestimmungen fehlten noch; es bestehe deshalb noch Klärungsbedarf. Gespräche mit Praxisvertreter*innen des Amtes für soziale Leistungen -Sozialamt- und der Schulsozialarbeit seien bereits terminiert. Die Verwaltung versuche bis zur September-Sitzung einen Umsetzungsvorschlag vorzubereiten.

Mit Blick auf die Presseberichterstattung korrigiert er die dort genannte Inanspruchnahme dahingehend, dass 4-15 % der Berechtigten die Angebote der kulturellen und sozialen Teilhabe nutzten. Die Inanspruchnahme von Mittagsverpflegung, Schülerbeförderung und Schulausflüge liege allerdings viel höher.

Frau Wegner bittet für den Bereich der Lernförderung um ein vereinfachtes Antragsverfahren, so dass schneller entschieden werden könne.

Herr Gugat macht deutlich, dass für ihn die Barauszahlung nicht das Allheilmittel sei. Wichtig sei eine Vereinfachung des Antragsverfahrens und der Leistungsanspruchnahme. Er bittet um einen umfangreichen Bericht, der die unterschiedlichen Möglichkeiten bewerte.

Herr Weber schließt sich den vorherigen Ausführungen an und fordert für die Betroffenen eine pragmatische Umsetzung des Gesetzes.

Frau Adilovic weist darauf hin, dass mit der Einführung der Bildungskarte ein größerer bürokratischer Aufwand bestehe und dieser eine Hürde für Migrant*innen darstelle. Sie favorisiere eine kartenlose Leistungsgewährung.

Frau Weißenfeld schließt sich Herrn Gugat an und warnt davor, sich durch Presseberichte unter Zeitdruck setzen zu lassen. Wichtig seien pragmatische Lösungen für die Bedürftigen. Die Sommerpause biete nun eine Möglichkeit, alle Varianten zu prüfen und im September die Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Bewilligungsformen darzustellen.

Herr Brücher bittet die Verwaltung, Schulen, Vereine und andere Träger über das Verfahren in den nächsten Monaten (Übergangszeit) zu informieren.

Frau Bußmann fordert, wenn eine direkte Geldauszahlung gesetzlich möglich sei, dies auch zu tun. Ein Gutscheinsystem wäre dann nicht mehr akzeptabel.

Beigeordneter Herr Nürnberger bedankt sich für die Zustimmung zu einem detaillierten Abwägungsprozess. Die Gesellschaft und das Leben seien sehr bunt und dies müsse berücksichtigt werden. Mit der Bildungskarte bestünden keine hohen Hürden. Hierfür müssten allerdings Partner gefunden werden, die bereit seien, mit der Karte zu arbeiten. Die Verwaltung werde sich um eine diskriminierungsarme, aber zielgenaue Förderung im Sinne des Gesetzes bemühen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen **- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.